

# EDITORIAL

## LEIPZIGER SILVESTER

VON ECKHARD NIEBERGALL

(I. Vorsitzender Polizeitrainer in Deutschland e.V.)



### LIEBE LESER,

Es ist wie ein wiederkehrendes Ritual: Auch in der letzten Silvesternacht kam es in deutschen Städten zu Gewalttaten und Krawallen, bei denen sich die Chaoten besonders im Leipziger Stadtteil Connewitz mit massiven Angriffen gegen Polizeibeamte hervortaten. Für Insider kam das nicht unerwartet. Denn hier hat sich eine linksextreme Szene etabliert, die besonders gewaltbereit ist. Neben regelmäßigen Angriffen auf Polizisten hatten zwei Vermummte im November die Mitarbeiterin einer Immobilienfirma in deren Wohnung verprügelt. In einem Bekennerschreiben hieß es, die Frau sei verantwortlich für den Bau von Eigentumswohnungen in Connewitz. Zudem wurde Baugerät für mehrere Millionen Euro angezündet. Feuerwehrleute, die den Brand löschen wollten, wurden attackiert. Auf politische Unterstützung kann die extremistische Szene bei ihren Aktionen vertrauensvoll hoffen.

Linkspartei-Politikerin Juliane Nagel berichtete schon am Silvesterabend auf Twitter von „Schikane“ durch die Polizei, weil zwei Personen vor dem Treffpunkt Linxxnet kontrolliert worden seien. Zwei Stunden später: „Im Minutentakt durchkämmen die Cops Connewitz“ und dann: „Scharmützel am Connewitzer Platz. Brutale Festnahmen jetzt.“ Dann spricht sie von „ekelhafter Polizeigewalt“ und „kalkulierter Provokation.“ Kaum war der Rauch der Silvesternacht verzogen, begann die „fachkundige Analyse“ des Geschehens durch selbsternannte Experten und das politische Gezänke. Dabei profilierte sich besonders die SPD-

Co-Bundesvorsitzende Esken, indem sie die Taktik der Polizei infrage stellte, eine Überprüfung des Polizeieinsatzes forderte und – trotz weiter Entfernung und völliger Ahnungslosigkeit – mediale Aufmerksamkeit erreichte. Wie heißt es doch so treffend: „Jeder blamiert sich, so gut er kann.“

### „AUS GEHABTEM SCHADEN NICHTS GELERNT“ ...

Nach den massiven Auseinandersetzungen im Rahmen der G8 Gipfel in Genua und Heiligendamm waren Sicherheitsexperten fassungslos, als die politische Entscheidung zur Durchführung des G20-Gipfels in Hamburg bekannt wurde. Die linksextreme Szene führte daraufhin das aus, was sie angekündigt hatte. Unterstützt von ihrer europäischen Soldateska zogen die extrem gewaltbereiten „Putzkolonnen“ eine Schneise der Zerstörung durch Altona und das Schanzenviertel. Verletzte Polizisten – Berufsrisiko? Schäden – alles versichert? Ausgaben in Millionenhöhe – sind ja Steuergelder? Die Verantwortung dafür tragen diejenigen, die aus Dummheit, Blauäugigkeit und beratungsresistenter Ignoranz die Entscheidung getroffen haben, G20 in Hamburg durchzuführen. Nur durch die professionelle Arbeit der polizeilichen Einsatzkräfte wurde – trotz temporärem Kontrollverlust – größerer Schaden an Leib und Leben, Sachwerten sowie internationalem Ansehen verhindert. Dass Menschen leider nichts aus Ereignissen lernen, zeigt das geplante EU-Gipfeltreffen im kommenden September. Ort: Leipzig. Man mag es kaum glauben.

Obwohl Kenner der Szene, Fachleute des BKA und des Verfassungsschutzes nur verständnislos den Kopf schütteln, möchte die Bundesregierung den Gipfel „größer als G20“ gestalten. Da fragt man sich, ob die Damen und Herren gemeinsam Crack geraucht haben und nicht mehr im Vollbesitz ihrer geistigen Kräfte sind.

### CUI BONO

Es ist kein Zufall, dass die Aktivitäten der Szene, insbesondere an Silvester und in Leipzig, entsprechende Formen angenommen haben. Es sind klare Botschaften an die Vertreter des verhassten Systems: Im September bereiten wir Euch einen gebührenden Empfang. Dabei lohnt es sich, die Frage zu stellen, wem welche Sache nutzt. Den Chaoten nutzt es sicher, wenn sie wieder eine Bühne für ihre Show erhalten. Aber muss man ihnen diese Möglichkeit so einfach präsentieren? Soll hier bewiesen werden, dass „der Rechtsstaat nicht weicht?“ Und wenn ja, zu welchem Preis. Taktisches Ausweichen und konsequentes Vorgehen gegen Extremisten durch Verfassungsschutz und Polizei wäre erheblich klüger. Um Gespräche zu führen braucht es keine Rahmenprogramme mit Theater, Konzerten und großem Pomp, die Steuergelder verschwenden.

Sollten die Entscheidungsträger – wider besseres Wissen – trotzdem darauf bestehen, dass der Gipfel in Leipzig stattfindet, sind sie für Verletzte und Schäden verantwortlich. Und das, mit mindestens grober Fahrlässigkeit. Sicher ist, dass die Verlierer in diesem miesen



Spiel, wie so oft, die Polizeibeamtinnen und -beamten sind, die Leib und Leben einsetzen.

### LEBENSBEDROHENDE ANGRIFFE & DISTANZMITTEL

Was das bedeutet, war rund um G20 deutlich zu sehen. Flaschen, Steinhagel, Brandsätze, Stahlkugeln. Außer bei Wasserwerfen, die nur bedingt geeignet sind, Widerstand gegen lebensbedrohende Angriffe und Abstand zu gewährleisten, kann leider nur „Fehlanzeige“ festgestellt werden. Bisher verfügt die deutsche Polizei jenseits der Reichweite von Distanzelektroimpulsgeräten („Taser“) über kein adäquates „Weniger-als-tödlich-wirkendes“ Einsatzmittel gegen aggressive und gewalttätige Angreifer. Dass hier eine gravierende Lücke in der Bewaffnung klafft, ist seit Jahrzehnten bekannt. Dieser Mangel wird mit hoher Wahrscheinlichkeit im September in Leipzig beim geplanten EU-Gipfel mit China erneut zu „besichtigen“ sein. ■

IHR ECKHARD NIEBERGALL

P.S. zu Silvester:

1. *Besitz und Abbrennen von Pyrotechnik an Sylvester für Privatpersonen verbieten.*
2. *Feuerwerk nur durch zertifizierte Unternehmen im öffentlichen Auftrag.*
3. *Noch besser – weil umweltfreundlicher: Laser- und Lichtshows, an denen sich die Menschen erfreuen und das gesparte Geld für einen guten Zweck spenden können.*

### DBB HESSEN LEGT STUDIE ZU GEWALT GEGEN BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST VOR

Erstmals hat der dbb Hessen einen umfangreichen Lagebericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes vorgelegt. Nun verfügt man über ein konkreteres Zahlenwerk, um noch tiefer in die Diskussion mit der Politik einsteigen zu können, wobei die unzähligen Einzelfallschilderungen der Betroffenen erneut große Bestürzung hervorrufen.

„In jüngster Vergangenheit ist es schon zu erkennbaren Verbesserungen in einzelnen Bereichen gekommen“, sagt dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt bei der Vorstellung der Studie, die in Zusammenarbeit mit Prof. Britta Bannenberg von der Uni Gießen entstanden ist. Aber eines stellt er auch fest: „Wir haben aber noch einen sehr langen Weg vor uns.“ „Wir sehen uns umfänglich bestätigt in unserem Bekämpfungskonzept, unserem Lebenslagenmodell, das wir bereits am 21. Februar 2018 in einem Symposium der Öffentlichkeit präsentiert hatten“, sagt Heini Schmitt. Es hat zum Kern, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nur gelingen kann unter dem tatkräftigen Zusammenwirken aller relevanten Personen und Institutionen.

„Die wiederkehrenden öffentlichen Appelle zu respektvollem Umgang zeigen leider keinerlei Wirkung“, sagt Schmitt. „Auch die öffentliche Empörung, wenn es mal wieder zu einem besonders heftigen Vorfall gekommen

ist, beeindruckt die Menschen in unserer Gesellschaft, die meinen, sie könnten sich alles erlauben, überhaupt nicht.“ „Deshalb hilft hier in der Tat nur das konsequente Funktionieren des Rechtsstaats“, so Schmitt.

Im Einzelnen bestätigt die Studie unser Bekämpfungskonzept bspw. in folgenden Aspekten:

- 1.) Anfeindungen und Übergriffe gehen weit über Vollzugs- und Rettungsdienste hinaus, erreichen sehr viele andere Tätigkeitsfelder im öffentlichen Dienst in unterschiedlicher Ausprägung
- 2.) Nur ein geringer Teil des Ganzen wird überhaupt behördenintern erfasst
- 3.) Nur ein sehr geringer Anteil wird zur Strafanzeige gebracht
- 4.) Betroffene wünschen sich durchgängig erheblich konsequenteres Durchgreifen der Justiz, wobei hierfür natürlich auch entsprechende Personalausstattung erforderlich ist
- 5.) Betroffene wünschen sich sehr häufig eine viel bessere Vorbereitung und Unterstützung seitens ihres Arbeitgebers/Dienstherren
- 6.) Betroffene wünschen sich einen besseren strafrechtlichen Schutz

Heini Schmitt macht deutlich: „Es geht um den Schutz der Beschäftigten, um ihre physische und psychische Integrität. Dabei geht es aber auch um ihre Würde.“ Weder der Staat als Arbeitgeber und Dienstherr, noch die Bürgerinnen und Bürger dürften erwarten oder hinnehmen, dass sich Beschäftigte bei der Ausübung ihres Dienstes zum Wohle der Allgemeinheit immer wieder übelsten Anfeindungen und Übergriffen aussetzen müssen, dabei ihr Leben und ihre Unversehrtheit aufs Spiel setzen und letztlich fortwährend ihrer Würde beraubt werden. ■

